

Sitzung vom

3. März 2020

Mitgeteilt den

6. März 2020

Protokoll Nr.

152

Auftrag Degiacomi

betreffend Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe

Antwort der Regierung

Am 28. November 2004 haben Volk und Stände der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA Bund) zugestimmt. Im Rahmen dieser Reform wurden in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) die Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz verankert. Diese beiden Grundsätze bilden staatstragende Gestaltungsprinzipien für den Schweizerischen Föderalismus. Gemäss Art. 5a BV ist bei der Zuweisung und Erfüllung staatlicher Aufgaben der Grundsatz der Subsidiarität zu beachten. Gemäss Art. 43a Abs. 2 und 3 BV trägt das Gemeinwesen, in dem der Nutzen einer staatlichen Leistung anfällt, deren Kosten und dieses Gemeinwesen kann über diese Leistungen bestimmen. Die NFA-Reform wurde 2008 umgesetzt.

Am 28. September 2014 hatte das Bündner Stimmvolk das Gesetz über die Reform des Finanzausgleichs im Kanton Graubünden (FA-Reform) angenommen. Die FA-Reform hatte die Regierung auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Der Grosse Rat hatte die Vorlage in der Dezembersession 2013 beraten. Ergänzend zur Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs im engeren Sinne wurden die Finanzströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden neu so geordnet, dass sie mit der gesetzlich festgelegten Aufgabenzuteilung und -verantwortung besser übereinstimmen. Dafür wurden insgesamt 18 Beiträge in Richtung Kanton verschoben und elf Beiträge in Richtung Gemeinden. Eine Verschiebung in Richtung Gemeinden hat dabei auch die Finanzierung der persönlichen Sozialhilfe beziehungsweise der Sozialdienste erfahren. Gemäss dem Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe im Kanton Graubünden (Sozialhilfegesetz; BR 546.100) sind die Gemeinden primär für die materielle und persönliche Sozialhilfe zuständig (siehe Botschaft über die Reform des Finanzausgleichs im Kanton Graubünden, Heft Nr. 7/2013–2014, Seite 281). Der Finanzierungswechsel bei der Sozialberatung trägt den Grundsätzen der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz Rechnung und war im Grossen Rat unbestritten. Der Grosse Rat hat in diesem Zusammenhang Art. 5 mit einem Zusatz ergänzt, wonach

die Sozialdienste ihre Aufgaben durch ausgebildetes Fachpersonal erfüllen. Die bestehende Aufgaben- und Kompetenzzuteilung wurde belassen.

Das Sozialhilfegesetz umschreibt den Zweck, den Geltungsbereich und die Art der Sozialhilfe. Es weist in Art. 3 die persönliche und materielle Hilfe als Teilbereiche der Sozialhilfe aus und stellt sicher, dass jede Person Zugang zur Sozialhilfe hat. Gestützt auf Art. 4 ist die materielle Sozialhilfe Sache der Gemeinden. Gemäss Art. 5 erfolgt die Sozialhilfe durch private, gemeindeeigene und, wenn keine gemeindeeigenen Sozialdienste tätig sind, subsidiär durch kantonale Sozialdienste. Diese Kompetenzzuteilung knüpft am Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz an, wonach die Finanzierung und der Nutzen der Sozialdienste grundsätzlich am gleichen Ort anfallen sollen. Die Gemeinden können gestützt auf Art. 6 die Sozialdienste allein wahrnehmen. Sie entscheiden damit, ob sie die persönliche Sozialhilfe selber erbringen, einer Region oder einem Gemeindeverband oder Privaten übertragen oder vom Kanton vollziehen lassen wollen. Für den kantonalen Vollzug stellt das Sozialamt den Gemeinden die Kosten des jeweils betroffenen Dienstes – gestützt auf transparente Grundlagen – im Verhältnis der Bevölkerungszahl in Rechnung. Der Verteilschlüssel beinhaltet eine Solidaritätskomponente unter den jeweiligen Gemeinden.

Die Regierung teilt die Einschätzung des Auftrags, wonach das geltende Sozialhilfesystem im Grundsatz gut funktioniert. Die aktuelle Finanzierungsregelung trägt den Grundsätzen der Subsidiarität – im Sinne des Auftrags Albertin betreffend Stärkung der Gemeinden – und der fiskalischen Äquivalenz – im Rahmen der bestehenden Verbundaufgabe – so gut wie möglich Rechnung. Im Zuge der FA-Reform wurde ausschliesslich die Finanzierung angepasst, ohne die geltenden Kompetenz- und Aufgabenzuständigkeiten zu hinterfragen. Die Regierung ist bereit, die Aufgabenteilung in der Sozialhilfe unter besonderer Beachtung der beiden genannten Grundsätze zu überprüfen. Ihr ist es ein Anliegen, dass die Sozialhilfe auch künftig bürger-nah, effizient und in guter Qualität angeboten wird.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Auftrag Degiacomi betreffend Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe umfasst gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz die persönliche und die materielle Hilfe. Unter persönlicher Sozialhilfe wird gemeinhin die Sozialberatung und unter materieller Sozialhilfe die klassische Fürsorge verstanden.

Das Sozialhilfegesetz sieht vor, dass die persönliche Sozialhilfe durch private, gemeindeeigene oder kantonale Sozialdienste erbracht wird. In der Praxis sind fast alle Bündner Gemeinden zu klein, um dies professionell sicherstellen zu können. Deshalb stellen dies seit dem kantonalen Fürsorgegesetz von 1920 kantonale Stellen sicher, seit 1943 regional im gesamten Kanton organisiert (mit Ausnahme der Landschaft Davos). Jedoch werden die Kosten der Regionalen Sozialdienste seit Inkrafttreten der FA-Reform am 1. Januar 2016 nach Art. 7 des Sozialhilfegesetzes auf die Gemeinden im jeweiligen Einzugsgebiet verteilt. Sie können weder auf die Kostenentwicklung noch auf die Leistungserbringung der Sozialberatung massgeblich Einfluss nehmen. Dies widerspricht dem Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz. Gemäss dieser soll nämlich diejenige staatliche Ebene eine Aufgabe erbringen, welche sie auch bezahlt und einen Nutzen aus ihr zieht.

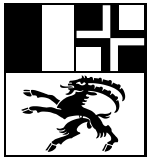
Die materielle Sozialhilfe ist gemäss Art. 4 Abs. 2 Sache der Gemeinden. Der Kanton beteiligt sich daran gemäss Unterstützungsgesetz. Darüber hinaus entlastet er nach Massgabe des Finanzausgleichsgesetzes Gemeinden, welche übermässige finanzielle Soziallasten zu tragen haben. Weil die materielle Sozialhilfe ein zunehmend komplexeres Rechtsgeschäft ist, können viele Gemeinden ihre Aufgaben der Prüfung der Gesuche und der aktiven professionellen Bewirtschaftung nur sehr beschränkt wahrnehmen. Die kommunale Zuständigkeit in der materiellen Sozialhilfe führt zudem dazu, dass bei Umzügen formalrechtliche Abläufe wiederholt werden müssen, weil Verfügungen nicht auf die neue Wohngemeinde übertragen werden.

Die Sozialhilfe ist zentral für das gute Zusammenleben und den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Umso mehr, weil fast jede dritte Person, die Sozialhilfe bezieht, ein Kind oder eine jugendliche Person ist. Ihre Unterstützung bedeutet eine Investition in die Zukunft. Rund 80% aller Fälle können zudem in weniger als 5 Jahren abgeschlossen werden. Die Förderung der beruflichen und sozialen Integration ist deshalb eine wichtige Zielsetzung der Sozialhilfe. Geld kann in der Sozialhilfe vor allem dann eingespart werden, wenn eine rasche und nachhaltige Integration erfolgt. Eine über den Kanton einheitlich hohe Beratungsqualität ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Für eine nachhaltige Ablöse und Integration ist die Koordination von persönlicher und materieller Sozialhilfe von zentraler Bedeutung. Das Sozialhilfesystem funktioniert im Grundsatz gut. In Graubünden ist die Sozialhilfe aber offensichtlich nicht im Sinne der fiskalischen Äquivalenz organisiert und finanziert.

Die Regierung wird daher beauftragt, die Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe so zu verbessern, dass eine optimalere Steuerung im Sinne der fiskalischen Äquivalenz möglich wird und dass die Aufgaben jenen staatlichen Ebenen zugewiesen werden, die sie in aller Regel am professionellsten erbringen können. Dadurch soll die Beratungsqualität für hilfesuchende Personen mindestens erhalten, wenn irgendwie möglich jedoch verbessert werden. Die Qualität und Leistung soll dabei nicht davon abhängen, wo jemand im Kanton wohnhaft ist.

Chur, 4. Dezember 2019

Degiacomi, Rüegg, Widmer (Felsberg), Berweger, Bettinaglio, Bigliel, Caluori, Casty, Cavegn, Claus, Deplazes (Chur), Dürler, Flütsch, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kienz, Kunfermann, Marti, Natter, Noi-Togni, Pfäffli, Ruckstuhl, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Pajic



Sesida dals

3 da mars 2020

Communitgà ils

6 da mars 2020

Protocol nr.

152

Incumbensa Degiacomi

concernent l'organisaziun e la finanziaziun da l'agid social

Resposta da la Regenza

Ils 28 da november 2004 han il pievel ed ils chantuns acceptà la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas e da las incumbensas tranter la Confederaziun ed ils chantuns (NGF Confederaziun). En il rom da questa refurma è vegnidas francadas en la Constituziun federala da la Confederaziun svizra (Cst.; CS 101) las devisas da la subsidiaridad e da l'equivalenza fiscal. Questas duas devisas furman princips concepziunals impurtants per il federalissem svizzer. Tenor l'art. 5a Cst. sto vegnir resguardada la devisa da la subsidiaridad tar l'attribuziun e tar l'adempliment d'incumbensas dal stadi. Tenor l'art. 43a al. 2 e 3 Cst. porta la communitad che profitescha d'ina prestaziun dal stadi ils custs da questa prestaziun e po decider davart questas prestaziuns. La refurma da la NGF è vegnida realisada l'onn 2008.

Ils 28 da settember 2014 aveva il pievel grischun approvà la Lescha davart la refurma da la gulivaziun da finanzas en il chantun Grischun (refurma da la GF). La Regenza aveva mess en vigur la refurma da la GF per il 1. da schaner 2016. Il Cussegl grond ha tractà il project en la sessiun da december 2013. Complementarmain a la refurma da la gulivaziun da finanzas intrachantunala en il senn pli stretg èn ils currents finansials tranter il chantun e las vischnancas vegnids ordinads da nov uschia, ch'els correspundan meglier a la repartiziun da las incumbensas ed a la responsabladad per las incumbensas fixadas per lescha. En quest connex èn tut en tut 18 contribuziuns vegnidas spustadas en direcziun dal chantun ed 11 contribuziuns en direcziun da las vischnancas. Er la finanziaziun da l'agid social personal respectivamain dals servetschs socials è vegnida spustada en quest rom en direcziun da las vischnancas. Tenor la Lescha davart l'agid social public en il chantun Grischun (Lescha davart l'agid social; DG 546.100) è primarmain las vischnancas responsablas per l'agid social personal e material (guardar missiva davart la refurma da la gulivaziun da finanzas en il chantun Grischun, carnet nr. 7/2013–2014, p. 281). La midada da la finanziaziun tar la cussegliaziun sociala tegna quint da las devisas da la subsidiaridad e da l'equivalenza fiscal ed è stada incontestada en il Cussegl grond. En quest connex ha il Cussegl grond cumpletà l'art. 5 cun in'aggiunta, tenor la quala ils servetschs

socials adempleschan lur incumbensas cun personal spezialisà scolà. L'attribuziun da las incumbensas e da las cumpetenzas existenta è vegnida laschada.

La Lescha davart l'agid social circumscriva l'intent, il champ d'applicaziun ed il gener da l'agid social. En l'art. 3 fixescha el l'agid personal e l'agid material sco secturs parzials da l'agid social e garantescha che mintga persuna haja access a l'agid social. Tenor l'art. 4 è l'agid social material chausa da las vischnancas. Tenor l'art. 5 vegn l'agid social prestà dals servetschs socials privats e communal ed – en cas che nagins servetschs socials communal n'èn activs – en moda subsidiara dals servetschs socials chantunals. Questa repartiziun da las cumpetenzas correspunda a la devisa da l'equivalenza fiscala, tenor la quala la finanziaziun ed il niz dals servetschs socials duain da princip resultar al medem lieu. Sa basond sin l'art. 6 pon las vischnancas ademplir sulettas ils servetschs socials. Cun quai decidan ellas, sch'ellas vulan prestar sezzas l'agid social personal, ubain surdar quel ad ina regiun u ad ina corporaziun da vischnancas u a persunas privatas u sch'ellas vulan ch'il chantun surprandia quel agid. Per l'execuziun chantunala metta l'Uffizi dal servetsch social a quint a las vischnancas ils custs dal servetsch pertutgà mintgamai – sa basond sin fundaments transparents – en la relaziun dal dumber d'abitantas e d'abitants. La clav da repartiziun cuntegna ina componenta da solidaritad tranter las vischnancas respectivas.

La regenza parta la valitaziun da l'incumbensa, tenor la quala il sistem da l'agid social vertent funcziuna bain en general. La regulaziun da la finanziaziun actuala tegna uschè bain sco pussaivel quint da las devisas da la subsidiarità – en il senn da l'incumbensa Albertin concernent il rinforzament da las vischnancas – e da l'equivalenza fiscala – en il rom da l'incumbensa cuminaivla existenta. En il rom da la refurma da la GF è vegnida adattada mo la finanziaziun, senza metter en dumonda las responsabladads vertentas concernent las cumpetenzas e concernent las incumbensas. La Regenza è pronta d'examinar la repartiziun da las incumbensas en l'agid social resguardond spezialmain las duas devisas numnadas. Igl è in giavisch d'ella che l'agid social vegnia purschì er en l'avegnir en ina moda che resguarda ils basegns da las burgaisas e dals burgais, effizienta ed en ina buna qualitat.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Chr. Rathgeb

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa Degiacomi concernent l'organisaziun e la finanziaziun da l'agid social

Tenor la Lescha davart l'agid social cumpiglia l'agid social l'agid persunal e l'agid material. Sut agid social persunal vegn chapì en general la cussegliaziun sociala e sut agid social material il provediment classic.

La Lescha davart l'agid social prevesa che l'agid social persunal vegn prestà da servetschs socials privats, communalas u chantunals. En la pratica èn quasi tut las vischnancas grischunas memia pitschnas per pudair garantir quai en moda professiunala. Pervia da quai vegn quai garantì dapi la Lescha chantunala da provediment da l'onn 1920 da posts chantunals, ch'èn organisads en moda regiunala en tut il chantun dapi l'onn 1943 (cun excepziun da la vischnanca da Tavau). Percunter vegnan ils custs dals servetschs socials regiunals repartids tenor l'art. 7 da la Lescha davart l'agid social sin las vischnancas da l'intschess respectiv, e quai dapi l'entrada en vigur da la refurma da la golvaziun da las finanzas il 1. da schaner 2016. Ellas na pon influenzer decisivamain ni il svilup dals custs ni la furniziun da prestaziuns da la cussegliaziun sociala. Quai stat en cuntradicziun cun il princip da l'equivalenza fiscal. Tenor quella duai numnadamain quel plaun statal ademplir ina incumbensa che la paja er e che profita dad ella.

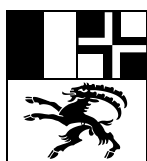
L'agid social material è tenor l'art. 4 al. 2 chausa da las vischnancas. Il chantun sa participescha vi da quel tenor la Lescha da sustegn. Ultra da quai distgargia el a norma da la Lescha davart la golvaziun da finanzas vischnancas che ston purtar chargias socialas finanziales memia grondas. Perquai che l'agid social material è in act giuridic che daventa adina pli complex, san bleras vischnancas ademplir lur incumbensas concernent la controlla da las dumondas e concernent l'administraziun activa professiunala mo pli en moda fitg limitada. La cumpetenzza communal concarnent l'agid social material ha ultra da quai per consequenza che andaments da dretg formal ston vegnir repetids en cas d'ina midada da chasa, perquai che disposiziuns na pon betg vegnir transferidas a la nova vischnanca da domicil.

L'agid social è central per ina buna convivenza e per la pasch sociala en nossa societad. Quai tant pli, perquai che quasi mintga terza persuna che retira agid social è in uffant u in persuna giuvenila. Lur sustegn munta ina investiziun en l'avegnir. Var 80 % da tut ils cas pon ultra da quai vegnir terminads en main che 5 onns. La promoziun da l'integraziun professiunala e sociala è pervia da quai ina finamira impurtanta da l'agid social. Daners pon vegnir spargnads en l'agid social oravant tut, sch'i succeda ina integraziun svelta e persistenta. In'auta qualitat da cussegliaziun ch'è en tut il chantun sin il medem nivel è ina premissa impurtanta per quai. Per in remplazzament duraivel e per ina integraziun persistenta èsi d'ina impurtanza centrala da coordinar l'agid social persunal e l'agid social material. Il sistem da l'agid social funcziuna da princip bain. En il Grischun n'è l'agid social però apparentamain betg organisà e finanzia en il senn da l'equivalenza fiscal.

Pervia da quai vegn la Regenza incumbensada da meglierar l'organisaziun e la finanziaziun da l'agid social per pussibilitar uschia in'administraziun pli optimala en il senn da l'equivalenza fiscal e per attribuir las incumbensas a quels plauns statals che las pon ademplir per regla en la moda la pli professiunala. Uschia duai la qualitat da la cussegliaziun da las persunas che tschertgan agid almain vegnir mantegnida e schizunt vegnir meglierada tant sco pussaivel. La qualitat e la prestaziun na duain en quest connex betg depender dal lieu, nua ch'ina persuna abita en il chantun.

Cuira, ils 4 da december 2019

Degiacomi, Rüegg, Widmer (Favugn), Berweger, Bettinaglio, Bigliel, Caluori, Casty, Cavegn, Claus, Deplazes (Cuira), Dürler, Flütsch, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kienz, Kunfermann, Marti, Natter, Noi-Togni, Pfäffli, Ruckstuhl, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Pajic



Seduta del

3 marzo 2020

Comunicata il

6 marzo 2020

Protocollo n.

152

Incarico Degiacomi

concernente l'organizzazione e il finanziamento dell'assistenza sociale

Risposta del Governo

Il 28 novembre 2004 Popolo e Cantoni hanno approvato la nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni (NPC Confederazione). Nel quadro di questa riforma, nella Costituzione federale della Confederazione Svizzera (Cost.; RS 101) sono stati ancorati i principi della sussidiarietà e dell'equivalenza fiscale. Questi due principi costituiscono principi fondamentali alla base del federalismo elvetico. Conformemente all'art. 5a Cost., nell'assegnazione e nell'adempimento dei compiti statali va osservato il principio della sussidiarietà. Conformemente all'art. 43a cpv. 2 e 3 Cost., la collettività che fruisce di una prestazione statale ne assume i costi e questa collettività può decidere in merito a questa prestazione. La riforma NPC è stata attuata nel 2008.

Il 28 settembre 2014 il Popolo grigionese ha approvato la legge sulla riforma della perequazione finanziaria nel Cantone dei Grigioni (riforma PF). Il Governo ha posto in vigore la riforma con effetto al 1° gennaio 2016. Il Gran Consiglio aveva discusso il progetto nella sessione di dicembre 2013. A integrazione della riforma della perequazione finanziaria intracantonale in senso stretto, i flussi finanziari tra il Cantone e i comuni sono stati ridefiniti in modo tale da rispecchiare meglio la ripartizione dei compiti e la responsabilità per gli stessi stabilite dalla legge. A tale scopo, in totale 18 contributi sono stati spostati verso il Cantone e undici verso i comuni. Sono stati oggetto di uno spostamento verso i comuni anche il finanziamento dell'aiuto sociale personale e dei servizi sociali. Conformemente alla legge sull'assistenza sociale pubblica nel Cantone dei Grigioni (legge sull'assistenza sociale; CSC 546.100), i comuni sono competenti principalmente per l'aiuto sociale materiale e personale (vedi messaggio sulla riforma della perequazione finanziaria nel Cantone dei Grigioni quaderno n. 7/2013–2014, pagina 281). Il cambiamento riguardo al finanziamento della consulenza sociale tiene conto dei principi della sussidiarietà e dell'equivalenza fiscale e non ha trovato opposizione in Gran Consiglio. A questo proposito il Gran Consiglio ha integrato l'art. 5 con un'aggiunta secondo la quale i servizi sociali adempiono i loro

compiti con personale specializzato. L'attribuzione dei compiti e delle competenze esistente è stata mantenuta.

La legge sull'assistenza sociale definisce lo scopo, la sfera di validità e il genere dell'assistenza sociale. Nell'art. 3 indica l'aiuto personale e l'aiuto materiale quali parti dell'assistenza sociale e garantisce che chiunque vi abbia accesso. In base all'art. 4 l'assistenza sociale materiale è compito dei comuni. Conformemente all'art. 5 l'assistenza sociale viene prestata dai servizi sociali privati, da quelli comunali oppure, in mancanza di quest'ultimi, in via sussidiaria da quelli del Cantone. Questa attribuzione delle competenze si riallaccia al principio dell'equivalenza fiscale, secondo cui il finanziamento e i benefici dei servizi sociali devono in linea di principio prodursi nel medesimo luogo. In virtù dell'art. 6 i comuni possono attendere da soli ai servizi sociali. Essi decidono quindi se fornire direttamente l'aiuto sociale personale, se trasferire il compito a una regione, a una corporazione di comuni oppure a privati o se lasciare che sia il Cantone a occuparsene. Per l'esecuzione da parte del Cantone, l'Ufficio del servizio sociale fattura i costi del servizio interessato ai comuni in rapporto alla loro popolazione e lo fa secondo basi trasparenti. La chiave di ripartizione include una componente di solidarietà tra i rispettivi comuni.

Il Governo condivide la valutazione espressa nell'incarico, secondo cui il sistema dell'assistenza sociale vigente funziona sostanzialmente bene. L'attuale regolamentazione del finanziamento tiene conto per quanto possibile dei principi della sussidiarietà, come inteso dall'incarico Albertin concernente il rafforzamento dei comuni, e dell'equivalenza fiscale, nei limiti dell'attuale compito in comune. Nel corso della riforma PF è stato adeguato esclusivamente il finanziamento senza porre in discussione le attuali competenze e responsabilità per i compiti. Il Governo è disposto a verificare la ripartizione dei compiti nell'assistenza sociale prestando particolare attenzione ai due principi menzionati. Esso ritiene importante che anche in futuro l'assistenza sociale venga offerta in modo prossimo al cittadino, efficiente e con una buona qualità.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Degiacomi concernente l'organizzazione e il finanziamento dell'assistenza sociale

Conformemente alla legge cantonale sull'assistenza sociale, l'assistenza sociale comprende l'aiuto personale e materiale. Con assistenza sociale personale si intende comunemente la consulenza sociale e con assistenza sociale materiale l'assistenza classica.

La legge sull'assistenza sociale prevede che l'assistenza sociale personale venga prestata da servizi sociali privati, comunali oppure cantonali. Nella prassi quasi tutti i comuni grigionesi sono troppo piccoli per poter garantire uno svolgimento professionale di tale attività. Perciò, dall'entrata in vigore della legge sui provvedimenti pro alcoolici del 1920 ciò viene garantito da servizi cantonali, dal 1943 organizzati in tutto il Cantone a livello regionale (fatta eccezione per la Landschaft Davos). Tuttavia, a seguito dell'entrata in vigore della riforma PF il 1° gennaio 2016, secondo l'art. 7 della legge sull'assistenza sociale i costi dei servizi sociali regionali vengono ripartiti tra i comuni del rispettivo comprensorio. I comuni non possono influire in maniera determinante né sull'evoluzione dei costi, né sulla fornitura di prestazioni di consulenza sociale. Ciò è contrario al principio dell'equivalenza fiscale, secondo il quale un compito deve essere fornito dal livello statale che lo paga e che trae beneficio da esso.

Conformemente all'art. 4 cpv. 2, l'assistenza sociale materiale è compito dei comuni. Il Cantone vi partecipa giusta la legge cantonale sull'assistenza alle persone nel bisogno. Oltre a ciò, a norma della legge sulla perequazione finanziaria esso sgrava i comuni che si trovano a sostenere oneri finanziari eccessivi dovuti al settore sociale. Poiché l'assistenza sociale materiale è una questione giuridica che si fa vieppiù complessa, molti comuni sono in grado di svolgere solo in misura molto limitata i loro compiti nella verifica delle domande e della gestione professionale attiva. La competenza dei comuni per l'assistenza sociale materiale fa inoltre sì che in caso di trasloco i processi di diritto formale debbano essere ripetuti, poiché le decisioni non possono essere riportate al nuovo comune di domicilio.

L'assistenza sociale è fondamentale per la buona convivenza e per la pace sociale nella nostra società. A maggior ragione se si considera che quasi una persona su tre che beneficia di assistenza sociale è un minore o un giovane. Sostenere significa investire nel futuro. Inoltre oltre l'80% dei casi può essere concluso in meno di 5 anni. La promozione dell'integrazione professionale e sociale rappresenta perciò un importante obiettivo dell'assistenza sociale. È possibile risparmiare soldi nell'assistenza sociale soprattutto se si ottiene un'integrazione rapida e duratura. Un presupposto importante a tale scopo è costituito dalla qualità della consulenza fornita, che deve essere elevata e uniforme in tutto il Cantone. Per un'indipendenza e un'integrazione durature è di fondamentale importanza il coordinamento tra assistenza sociale personale e materiale. Il sistema dell'assistenza sociale funziona sostanzialmente bene. Però è evidente che nei Grigioni l'assistenza sociale non è organizzata e finanziata nel rispetto del principio dell'equivalenza fiscale.

Il Governo viene perciò incaricato di migliorare l'organizzazione e il finanziamento dell'assistenza sociale in modo tale da permettere un controllo ottimale nel rispetto del principio dell'equivalenza fiscale e da attribuire i compiti a quei livelli statali che di norma sono in grado di svolgerli nel modo più professionale. In questo modo si intende almeno conservare, ma per quanto possibile anche migliorare, la qualità della consulenza fornita a chi cerca aiuto. La qualità e la prestazione non devono dipendere dal luogo in cui una persona risiede nel Cantone.

Coira, 4 dicembre 2019

Degiacomi, Rüegg, Widmer (Felsberg), Berweger, Bettinaglio, Bigliel, Caluori, Casty, Cavegn, Claus, Deplazes (Coira), Dürler, Flütsch, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kienz, Kunfermann, Marti, Natter, Noi-Togni, Pfäffli, Ruckstuhl, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Pajic